Deutscher Bundestag **Drucksache 17/5115**

17. Wahlperiode 16. 03. 2011

Kleine Anfrage

der Abgeordneten René Röspel, Dr. Ernst Dieter Rossmann, Ulla Burchardt, Dr. Hans-Peter Bartels, Klaus Barthel, Willi Brase, Petra Ernstberger, Michael Gerdes, Iris Gleicke, Klaus Hagemann, Christel Humme, Oliver Kaczmarek, Daniela Kolbe (Leipzig), Ute Kumpf, Thomas Oppermann, Florian Pronold, Marianne Schieder (Schwandorf), Swen Schulz (Spandau), Andrea Wicklein, Dagmar Ziegler, Dr. Frank-Walter Steinmeier und der Fraktion der SPD

Offene Fragen zum „Bürgerdialog Zukunftstechnologien“ durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung

In einem Interview mit der Zeitschrift „FOCUS“ („Wohlstand macht bequem“) hat die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Dr. Annette Schavan, am 27. Dezember 2010 die Durchführung von so genannten Bürgerdialogen, Bürgerkonferenzen, dem Aufbau einer Internetplattform sowie der Veröffentlichung von Bürgerreports durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) zu unterschiedlichen Themen der Forschungspolitik angekündigt.

Als ein erstes Thema hat die Bundesministerin Dr. Annette Schavan für diese Bürgerdialoge zu Zukunftstechnologien das Themenfeld „Hightechmedizin“ benannt. Im Aktionsplan Nanotechnologie 2015 kündigt die Bundesregierung ebenfalls die Durchführung von Bürgerdialogen an.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Aus welchem Anlass plant die Bundesministerin Dr. Annette Schavan die Durchführung von Bürgerdialogen zu Themenfeldern der Forschungspolitik?
2. Hat der Vorschlag der Bundesministerin Dr. Annette Schavan mit den Auseinandersetzungen um das Projekt „Stuttgart 21“ zu tun, oder handelt es sich bei der zeitlichen und inhaltlichen Nähe zwischen den Debatten über „Stuttgart 21“ und den neuen Bürgerdialogen des BMBF um einen reinen Zufall?
3. Welche Kosten erwartet das BMBF für die Durchführung der Bürgerdialoge, und aus welchen Haushaltstiteln sollen diese finanziert werden?
4. Aufgrund welcher Untersuchungen oder Entwicklungen sieht die Bundesministerin Dr. Annette Schavan eine wachsende Technikfeindlichkeit in Deutschland (vgl. Interview mit der Zeitschrift FOCUS vom 27. Dezember 2010), und warum erkennt die Bundesministerin Dr. Annette Schavan dieses Problem – so es vorhanden ist – erst nach über fünfjähriger Tätigkeit als Bundesministerin für Bildung und Forschung?
5. Welche Maßnahmen hat die Bundesministerin Dr. Annette Schavan seit ihrem Amtsantritt 2005 in die Wege geleitet, um gegen die – ihrer Auffassung nach – zunehmende Technikfeindlichkeit in Deutschland vorzugehen?

6. Bei welchen Gelegenheiten und unter Verweis auf welche Themenfelder hat die Bundesministerin Dr. Annette Schavan seit 2005 auf das Problem der wachsenden Technikfeindlichkeit in Deutschland hingewiesen?
7. Welche wissenschaftlichen Untersuchungen bestätigen die These der Bundesministerin Dr. Annette Schavan von einer zunehmenden Technikfeindlichkeit in Deutschland?
8. Müssen die Beratungen im Rahmen der geplanten Bürgerdialoge nicht tendenziös sein, wenn man mit diesen einer – konstatierten – allgemeinen Technikfeindlichkeit entgegenwirken will, und wie legitimiert das BMBF ein solches Verfahren zur Beeinflussung der Meinung der Bürgerinnen und Bürger?
9. Sind der Bundesregierung Themenfelder bekannt, bei denen die Bundesregierung eine Forschungsförderung vorangetrieben hat, obgleich Bürgerinnen und Bürger dieser Forschung mehrheitlich kritisch gegenüberstehen?
10. Welche negativen Auswirkungen auf die bundesdeutsche Wissenschafts- und Forschungspolitik sind der Bundesregierung bekannt, die durch die bisherige Nichtdurchführung von Bürgerdialogen entstanden sind?
11. Welche strukturellen Vorgaben sollen sicherstellen, dass die Bürgerdialoge ergebnisoffen und ohne inhaltliche Vorfestlegungen durchgeführt werden?
12. Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Dr. Annette Schavan, aus den Debatten über „Stuttgart 21“ für die zukünftige Ausgestaltung von Bürgerdialogen?
13. Sind aus Sicht der Bundesregierung Erfahrungen hinsichtlich der Nutzung von Bürgerbeteiligungsverfahren etwa im Bereich der Infrastrukturplanung auf die Nutzung von Bürgerdialogverfahren zu Forschungsthemen übertragbar, und falls nein, warum nicht?
14. Auf welchen wissenschaftlichen Ausarbeitungen und Analysen basiert das Konzept des BMBF für die Bürgerdialoge (bitte auflisten)?
15. Wie sollen die teilnehmenden Bürgerinnen und Bürger für die Dialoge ausgewählt werden?
16. Ist dem BMBF bewusst, dass sich ein Bürgerdialog auf lokaler und regionaler Ebene entfaltet, und sind daher Bildungseinrichtungen wie beispielsweise Volkshochschulen und Universitäten als Träger des Bürgerdialogs eingeplant?
17. Wie stellt das BMBF sicher, dass auch sogenannte bildungsferne Bürgerinnen und Bürger befähigt werden, kompetent an einem Bürgerdialog partizipieren zu können?

    Welche Weiterbildungsangebote werden hierzu im Vorlauf eines Bürgerdialogs angeboten?
18. Wie werden die gegebenenfalls teilnehmenden Sachverständigen an den Bürgerdialogen ausgewählt?
19. Werden in den vorbereitenden Papieren bzw. Beratungsunterlagen für die Bürgerdialoge sowohl kritische wie auch positive Meinungen zu einem Forschungsfeld einander gleichberechtigt gegenübergestellt, und falls nein, warum nicht?
20. Welche internationalen Erfahrungen sind nach Auffassung des BMBF für die Ausgestaltung des Instruments Bürgerdialog nutzbar?
21. Wer bestimmt, ob ein Thema Gegenstand eines Bürgerdialoges werden soll?

22. Wird es künftig Bürgern möglich sein, die Behandlung von Themen eines Bürgerdialoges vorzuschlagen, an wen müssen sie sich wenden, und wer entscheidet darüber?
23. Welche internationalen Beispiele sind der Bundesregierung bekannt, die darauf hindeuten, dass Bürgerdialogverfahren einen den Aufwand rechtfertigenden Mehrwert für eine transparente und demokratische Gestaltung von Wissenschafts- und Forschungspolitik erbringen können (bitte auflisten)?
24. Welche Themen sollen neben dem Thema Hightechmedizin in den nächsten Jahren in den Bürgerdialogen behandelt werden?
25. Warum wird das Thema Atomenergie nicht vorrangig als Thema für einen Bürgerdialog durch das BMBF aufgegriffen, obwohl die Bundesministerin Dr. Annette Schavan dieses Thema im Gespräch mit der Zeitschrift „FOCUS“ als Beispiel für die Notwendigkeit neuer Dialogangebote angeführt hat?
26. Werden auch im Jahr 2013 ein oder mehrere Bürgerdialoge stattfinden, und falls ja, zu welchem Thema/zu welchen Themen?
27. Aus welchen Gründen vertritt die Bundesministerin Dr. Annette Schavan die Auffassung, dass das Thema Hightechmedizin das derzeit drängendste forschungspolitische Streitthema sei und sich mithin als erstes Thema für einen Bürgerdialog anbietet?
28. Ist der Vorschlag, das Thema Hightechmedizin an herausgehobener Stelle in Form von Bürgerdialogen zu bearbeiten, vor dem Interview von Bundesministerin Dr. Annette Schavan vom 27. Dezember 2010 mit dem Bundesministerium für Gesundheit abgestimmt worden, und falls nein, warum nicht?
29. Warum plant das BMBF bisher noch keinen Bürgerdialog zum Thema Agrogentechnik, obgleich es sich hierbei um ein besonders umstrittenes Forschungsfeld handelt und auf Seiten der Bürgerinnen und Bürger erhebliche Bedenken bestehen?
30. Welches Ziel würde ein durch das BMBF durchgeführter Bürgerdialog zum Thema Agrogentechnik verfolgen, und welchen Einfluss hätte ein für die Agrogentechnik negativ ausfallender Bürgerreport für die weitere politische Tätigkeit der Bundesregierung?
31. Ist es zutreffend (wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 12. Januar 2011 unter dem Titel „Regierung will Bürger für Nanotechnik gewinnen“ schreibt), dass die Bürgerdialoge nicht zuletzt dazu dienen sollen, „die Ablehnung der Verbraucher zu mildern“, und falls nein, warum nicht?
32. Sind nach Auffassung des BMBF auch Bürgerdialoge zu ethisch umstrittenen Fragestellungen bzw. Themenfelder denkbar, und falls ja, welche Themen wären hier aus Sicht des BMBF aktuell besonders drängend?
33. Ist es zutreffend (vgl. DIE WELT vom 7. Januar 2011 „Regierung will Bürgerbeteiligung klar einschränken“), dass die Bundesregierung an einem Entwurf für ein Gesetz zur Vereinheitlichung und Beschleunigung von Planfeststellungsverfahren arbeitet, und ist es zutreffend, dass nach diesem Entwurf die Bürgerbeteiligung bei der Planung von Großprojekten eingeschränkt werden soll?
34. Warum tritt das BMBF einerseits für einen Ausbau von Bürgerdialogverfahren ein, während andererseits laut Presseberichten das Bundesministerium des Innern öffentliche Erörterungstermine bei der Planung von Großprojekten und mithin die Bürgerbeteiligung einschränken will?

35. Wird die Bundesregierung ihre Forschungsförderung von den Ergebnissen der Bürgerdialoge – zumindest in Teilen – abhängig machen, und falls nein, warum nicht?

36. Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus den Erfahrungen mit dem Fallbeispiel Bürgerkonferenz „Streitfall Gendiagnostik“ für die Ausgestaltung der geplanten Bürgerdialoge etwa zur Hightechmedizin?

37. Wie werden sich die Bürgerdialoge voraussichtlich von dem Konzept der Bürgerkonferenz „Streitfall Gendiagnostik“ unterscheiden?

38. Welchen Einfluss hatte der Bericht der Bürgerkonferenz „Streitfall Gendiagnostik“ auf die politische Arbeit der Bundesregierung und konkret auf die Ausgestaltung des Gendiagnostikgesetzes?

39. Welchen Mehrwert erwartet das BMBF von den Bürgerdialogen, der etwa im konkreten Fall der Nanotechnologie über die bereits vorliegenden Arbeiten der NanoKommission hinausgeht?

40. In welchem Verhältnis werden beim Beispiel Nanotechnologie der Bürgerreport und der Bericht der NanoKommission stehen?

41. Wie soll sichergestellt werden, dass die Ergebnisse der Bürgerdialoge direkt in die Arbeit des BMBF einfließen?

42. Sollen zukünftig Vorschläge der Arbeitsebene des BMBF etwa zur Förderung eines bestimmten Forschungsfeldes auch ausgehend von den Ergebnissen der Bürgerdialoge bewertet werden, und falls nein, warum nicht?

43. Welches Ziel soll mit der Entwicklung der im „FOCUS“-Interview erwähnten Internetplattform verfolgt werden, und ist dieses Internetangebot themenoffen angelegt?

44. Unter welcher Internetadresse wird die Internetplattform abrufbar sein, und welche Kosten werden durch diese Plattform jährlich entstehen?

45. Wird der Auftrag zur Entwicklung der Internetplattform ausgeschrieben, und falls ja, wann wird dies geschehen, und welche Kosten sind hier jährlich zu erwarten?

46. Welches Ziel wird mit der Publikation der Ergebnisse der Bürgerdialoge in Form von Bürgerreports verfolgt?

47. Werden die Bürgerreports als Publikationen des BMBF veröffentlicht, und werden auch Reports veröffentlicht, wenn sich diese kritisch etwa mit der Förderung eines bestimmten Forschungsfeldes auseinandersetzen?

48. Werden die Bürgerreports für das BMBF in der weiteren politischen Planungs- und Umsetzungsarbeit im jeweiligen Forschungsfeld handlungsleitend sein, und falls nein, warum nicht?

49. In welchem Verhältnis stehen die Bürgerdialoge bzw. die Bürgerreports zu den Berichten der ebenfalls durch das BMBF (mit-)finanzierten Expertengremien wie etwa zum Deutschen Ethikrat im Falle des Themas Hightechmedizin?

50. Welche Schlussfolgerungen wird die Bundesregierung aus Bürgerreports ziehen, die den Empfehlungen von mit Sachverständigen besetzten Expertenkommissionen widersprechen?

51. Hält es das BMBF für denkbar, dass zugunsten von Bürgerdialogen und Bürgerkonferenzen auf Sachverständigenkommissionen verzichtet werden kann, und falls nein, warum nicht, und falls ja, auf welche Expertengremien könnte verzichtet werden?

52. Wird die Bundesregierung den durch sie eingerichteten Expertenkommissionen empfehlen oder sie gar beauftragen, zukünftig auch verstärkt Bürgerdialoge als Bestandteil ihrer Arbeit durchzuführen, um die Ergebnisse dieser Bürgerdialoge in ihre Arbeit einfließen zu lassen?

53. Planen neben dem BMBF auch andere Ressorts die Durchführung von Bürgerdialogen, und falls ja, bitte auflisten, und falls nein, warum nicht?

54. Ist der Vorstoß der Bundesministerin Dr. Annette Schavan mit anderen Bundesministerien abgestimmt worden, und falls nein, warum nicht?

55. Welche Erfahrungen haben andere Ressorts hinsichtlich der Nutzung von Bürgerbeteiligungsverfahren (bitte um Auflistung)?

56. Wie fließen diese Erfahrungen der anderen Ressorts in die Nutzung der Bürgerdialoge durch das BMBF ein?

57. Ist geplant, das vom BMBF angekündigte Konzept für Bürgerdialoge auch anderen Bundesministerien zur Nachahmung zu empfehlen, und falls nein, warum nicht?

58. Soll das Verfahren der Bürgerdialoge wissenschaftlich evaluiert werden, und wann soll ein erstes Ergebnis dieser Evaluation vorliegen, und falls nein, warum sollen die Verfahren nicht evaluiert werden?

59. Sind Bürgerdialoge aus Sicht des BMBF auch für bereits gestartete Großprojekte und/oder Forschungsvorhaben wie etwa für das Fusionsforschungsprojekt ITER oder für das Thema Fusionsforschung allgemein denkbar und wünschenswert, und falls nein, aus welchen Gründen nicht?

60. Warum plant das BMBF bisher keine Bürgerdialoge zu Fragen der Bildungspolitik?

61. Hat das BMBF bereits bisher Projekte gefördert, die den Grundsätzen der geplanten Bürgerdialoge ähneln?

    Wenn ja (bitte auflisten), wie sind deren Ergebnisse in die Forschungsförderung eingeflossen?

62. Hatte das durch das BMBF geförderte Projekt „Jugendforen Nanomedizin – Chancen und Risiken, ethische und soziale Fragen der Nanomedizin aus Sicht junger Erwachsener“ nach Ansicht der Bundesregierung das Format eines geplanten Bürgerdialogs?

    Wenn nein, warum nicht, und welche Konsequenzen hatten die Ergebnisse der Jugendforen Nanomedizin für die Forschungsförderung des Bundes im Bereich der Nanomedizin?

63. Warum hält es die Bundesministerin Dr. Annette Schavan für erforderlich, zusätzlich zu den in der Vergangenheit bereits durchgeführten Bürgerkonferenzen, Jugendforen usw. nun auch noch Bürgerdialoge auf den Weg zu bringen und eine eigene Internetplattform aufzubauen?

64. Sollen die Ergebnisse der Bürgerdialoge auch in die Arbeit der anderen Ressorts einfließen, und wenn nein, warum nicht, und falls ja, wie wird dies institutionell sichergestellt?

65. Wie verhält sich die zunehmende Nutzung von Bürgerdialogen durch das BMBF zum grundlegenden Verständnis unserer parlamentarischen Demokratie und der Rolle der Mitglieder des Deutschen Bundestages als demokratisch gewählte Vertreter des Volkes?

66. Welche strukturellen Veränderungen sind in den Arbeitsabläufen des BMBF geplant, um den „aufwändig eingeholten Rat der Bürger […] glaubwürdig in den weiteren politischen Entscheidungsprozess zu integrieren“ (Sarcinelli, Ulrich/König, Mathias/König, Wolfang (2008) „Bürgerbeteiligung als Politikberatung“, in: Zeitschrift für Politikberatung, Heft 3/4, S. 592)?

Berlin, den 16. März 2011

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333